

Karben, 19.05.2019

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Ingrid Lenz
Rathaus
61184 Karben

Sehr geehrte Frau Lenz,

ich bitte Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu nehmen:

Ausruf des Klimanotstands

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Klimanotstand auszurufen und misst allen kommunalen und gesellschaftlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des vom Menschen gemachten Klimawandels höchste Priorität bei. Der Magistrat wird beauftragt das in die Jahre gekommene Klimaschutzkonzept als ein Klima-Masterplan fortzuentwickeln und darin in Abstimmung mit der Stadtverordnetenversammlung greifbare und kontrollierbare Ziele festzulegen. Der Klima-Masterplan ist laufend fortzuschreiben und hat alle Bereiche der städtischen Verwaltung und Eigenbetriebe (einschließlich der Wohnungsbaugesellschaft) zu umfassen. Bei allen Maßnahmen sind Bevölkerung, Umweltverbände, Klimaschutzaktivisten und andere denkbare Akteure sowie Vertreter der lokal ansässigen Wirtschafts- und Industriebetriebe beratend und auf Basis einer kooperativen Beteiligung aktiv einzubeziehen. Erste Maßnahmen sind bis zu den Beratungen über den Haushalt 2020 zu entwickeln und falls nötig in den Haushaltsentwurf des Magistrats einzuarbeiten. Die Stadtverordnetenversammlung erklärt das Ziel einer CO₂-neutralen Stadt bis 2050, wobei bis 2035 rund die Hälfte des Weges zurückzulegen ist. Jede politische Entscheidung ist daraufhin zu überprüfen, ob sie dieses Ziel befördert. Folgende Maßnahmen stehen insbesondere im Fokus des städtischen Klimaschutzes und sind im Rahmen des Klima-Masterplans zügig anzugehen:

- Der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien zur Stromversorgung,
- Die energetische Gebäudesanierung und die Umsetzung, kluger Energiekonzepte bei Sanierungen, Um- und Neubauten mit dem Ziel klimaneutraler Gebäudeenergieversorgung,
- Die stetige Fortentwicklung und Optimierung des ÖPNV-Angebots und des Ausbaus der Radverkehrsflächen unter maßvoller und gebotener Zurückdrängung der Flächen für den

Automobilverkehr mit dem Ziel durch konfliktarme und sichere Radverkehrsverbindungen den Anteil von Radverkehr, Elektrorollern, etc. signifikant zu erhöhen und ein Umsteigen vom Auto auf sparsame Verkehrsmittel zu erleichtern. In jedem Neubaugebiet sind diese Grundsätze zu 100 % in der Planung zu berücksichtigen,

- Die Weiterentwicklung der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität.

Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an den Bundes- und Landesgesetzgeber die gesetzlichen Rahmenbedingungen so anzupassen, dass die gebotenen Maßnahmen (leichter) umsetzbar sind und die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Hierfür nutzen die in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien und der Magistrat die Ihnen zur Verfügung stehenden Kanäle, sowie ihren Einfluss etwa im hessischen Städtetag. Wo immer die Stadt Karben ein Stimmrecht besitzt (etwa in der Verbandskammer des Regionalverbands FrankfurtRheinMain) ist dies im Sinne einer klimafreundlichen Energie- und Verkehrswende und dem sorgsamem Umgang mit Boden mit seinen auch klimatischen Funktionen zu nutzen.

Begründung:

Immer mehr deutsche Städte folgen wie Konstanz und Kiel den internationalen Vorbildern Basel, Bern, Vancouver und London und rufen den Klimanotstand aus, um auf die Dringlichkeit der Klimaproblematik und die Auswirkungen des menschlichen Handelns auf das Klima aufmerksam zu machen. Großbritannien ist der erste Staat, der ebenfalls einen Climate Emergency erklärt hat. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Karben ist hessische Klimaschutzkommune und Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft für Nahmobilität AGNH. Vieles wurde in diesem Hause bereits gemeinsam auf den Weg gebracht, dennoch gehen viele Maßnahmen nicht schnell genug voran und bedürfen einer stärkeren Konzentration der vorhandenen Kräfte. Junge Menschen, die weltweit und regelmäßig für eine lebenswerte Zukunft auf die Straße gehen, zeigen zu Recht den dringenden Handlungsbedarf für die Einhaltung des pariser 1,5 Grad-Ziels, den es mit diesem Beschluss aus Sicht der Stadt Karben noch einmal zu unterstreichen gilt. Dem Vorbild anderer Städte und Parlamente zu folgen, kann selbst Vorbildcharakter für weitere Kommunen und Träger öffentlicher Entscheidungsgewalt entfalten. Je mehr Kommunen mit vereinten Kräften vorangehen, desto stärker betonen sie insbesondere in Richtung der Bundespolitik, dass ein entschlossenes Handeln zur Abwendung der Klimakrise möglich ist.

Mehr noch aber stellt der Ausruf des Klimanotstands eine politische Selbstverpflichtung dar, an der wir uns als Kommunalpolitiker*Innen werden messen lassen müssen und wollen. Wir sind es den künftigen Generationen schuldig.

Mit freundlichen Grüßen,

Rainer Knak

Fraktionsvorsitzender